

NEW S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer - FIR – Bund der Antifaschisten

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

Nr. 16

Januar 2009

Erklärung der FIR zum 60. Jahrestag der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“

Die "Allgemeine Deklaration der Menschenrechte" der Vereinten Nationen ist ein zentrales politisches Dokument der Nachkriegsgeschichte. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass das politische Fundament für die Gründung der UNO und die Verabschiedung dieser Deklaration der Freiheitskampf der Völker und Nationen gegen die faschistische Barbarei war.

Bereits die Überlebenden des KZ Buchenwald forderten im April 1945 als Konsequenz: "Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!" Deren Prinzipien wurden in der "Allgemeine Deklaration der Menschenrechte" ausformuliert.

Die Ziele der Deklaration gründen auf den Idealen der Französischen Revolution und deren Versprechen von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Diese Ideale hatte der Faschismus in Ideologie und politischer Praxis versucht zurückzudrängen. Dass gemeinsame Handeln der Völker im antifaschistischen Kampf überwand diese Bedrohung.

Natürlich wissen wir, dass die Prinzipien der "Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" noch lange nicht die politische und gesellschaftliche Realität in der heutigen Welt bestimmen. Dabei haben wir aber keinen Anlass, mit dem Finger nur in eine Richtung zu zeigen. Menschenrechte lassen sich nicht auf Freiheit der Meinungsäußerung oder den Zugang zum Internet reduzieren. Selbst in den entwickelten Industriestaaten sind grundlegende Rechte und Freiheiten oftmals nicht gewährleistet, wie insbesondere das Recht auf Arbeit und Bildung, das recht auf menschenwürdige Unterkunft oder der Schutz vor rassistischer Diskriminierung.

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände treten heute und zukünftig ein für die Verwirklichung der Ideale der "Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" in ihrer Gesamtheit. Diese Rechte werden den Menschen nicht geschenkt. Solche Rechte und Freiheiten sind - so lehrt die geschichtliche Erfahrung - nur durch gesellschaftliche Kämpfe verwirklichtbar. Die Veteranen des antifaschistischen Kampfes und die Antifaschisten heutiger Generationen sind Mitstreiter in solchen Bewegungen.

So verstanden ist die Erinnerung an den 60. Jahrestag der "Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" kein "leeres Gedenken", sondern eine Aufforderung zum Handeln für eine bessere Welt.



UNRIC

Grußwort an die Mitgliedsverbände der FIR zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Sie ist das am meisten übersetzte Dokument der Welt und in mehr als 360 Sprachen erhältlich. Sie hat die Verfassungen von vielen – gerade unabhängig gewordenen – Staaten und jungen Demokratien inspiriert und wurde zum Maßstab für das, was wir als richtig oder falsch kennen – oder kennen sollten. Das ganze Jahr über veranstaltet die UNO eine Kampagne zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie soll die Menschen weltweit daran erinnern, dass die Allgemeine Erklärung das erste weltweite Zeichen dafür war, was wir heute als selbstverständlich erachten: die angeborene Würde und Gleichheit aller Menschen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen, als eine Reaktion auf die entsetzlichen Gräueltaten während des Zweiten Weltkriegs. Sie ist das bekannteste Menschenrechtsdokument und bildet gleichzeitig den Grundstein für den internationalen Menschenrechtsschutz.

Bis zum Zweiten Weltkrieg waren Menschenrechte und ihr Schutz fast ausschließlich Angelegenheit jedes einzelnen Staates. Doch schon in den Jahren vor 1945 hatten Politiker begonnen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Frieden nach dem Krieg weltweit zu sichern und langfristig zu wahren. Zum ersten Mal in der Geschichte war damit für alle Menschen ein Katalog von Rechten formuliert worden – ohne Rücksicht auf Geschlecht, soziale Herkunft, politische Überzeugung oder kulturelle Tradition. Das Schicksal des Einzelmenschen im Verhältnis zur Staatsgewalt sollte zu einer Angelegenheit der internationalen Gemeinschaft werden.

So hatte die damalige First Lady der USA, Eleanor Roosevelt, mit der Gründung der *United Nations Association* bereits im Jahr 1943 die Entstehung der Vereinten Nationen unterstützt. Ende der vierziger Jahre, kurz nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges antwortete Eleanor Roosevelt auf die Frage nach der Entstehung der Menschenrechte wie folgt: „Menschenrechte beginnen an den kleinen Plätzen, nahe dem eigenen Heim. So nah und so klein, dass diese Plätze auf keiner Landkarte der Welt gefunden werden können. Solange diese Rechte dort keine Geltung haben, sind sie auch woanders nicht von Bedeutung.“ Jeder einzelne steht also in der Verantwortung in seinem persönlichen Umfeld die Menschenrechte zu schützen. Denn genau seit jener Zeit wissen wir, wie wichtig die Verantwortung eines jeden ist. Keiner darf, auch heute nicht, seine Augen vor Menschenrechtsverletzungen verschließen. Genau das ist auch die Haltung, die die Arbeit der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer so bedeutsam macht.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen und bindend für alle Länder weltweit, soll künftige Generationen vor der Bedrohung und der Zerstörung durch Kriege bewahren. Sie beinhaltet allerdings nur Empfehlungen und kann in ihrer Grundstruktur lediglich eine Erklärung sein. Sie ist kein Vertrag.

Heute ist die Allgemeine Erklärung genauso bedeutungsvoll wie am Tag ihrer Annahme. Die grundlegenden Freiheiten jedoch, die sie festlegt, sind immer noch nicht für jeden zur Realität geworden. Zu oft fehlt es Regierungen am politischen Willen, die internationalen Normen umzusetzen, die sie bereitwillig akzeptiert haben.

Dieses Jubiläumjahr bietet eine Chance sicherzustellen, dass die Menschenrechte eine lebendige Realität sind – damit sie bekannt, verstanden und von jedem Menschen und überall genossen werden. Frieden, Verständigung und Freiheit bilden die Grundlage für die Einhaltung der Menschenrechte. Dafür sind wir alle verantwortlich und deshalb müssen wir alle nach Verbesserungen suchen.

Ihnen allen wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Aufgabe.

Arne Molfenter
Information Officer for Germany
United Nations Regional Information Centre
Brüssel/Bonn

Kann es ein gemeinsames Gedenken „an Opfer stalinistischer und nazistischer Verbrechen“ geben?

Interview mit Dr. Ulrich Schneider, Historiker und Generalsekretär der FIR

Antifa:

Im Europäischen Parlament werden auf Initiative der Europäischen Volkspartei, in der die CDU eine zentrale Rolle spielt, Unterschriften unter einen Antrag gesammelt, den 23. August zu einem „Gedenktag an Opfer stalinistischer und nazistischer Verbrechen“ erklärt werden. Was ist davon zu halten?

Ulrich Schneider:

Dieser Antrag ist ein ideologischer Generalangriff auf das historische Fundament der europäischen Nachkriegsentwicklung.

Zuerst einmal beinhaltet dieser Antrag die Totalitarismus-These in Reinform. Diese Ideologie des „Kalten Krieges“ versucht eine ahistorische Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus. Vor einigen Jahren versuchte ein „Schwarzbuch des Kommunismus“ nachzuweisen, dass die sozialistischen Versuche in den osteuropäischen Ländern von gleicher verbrecherischer Qualität gewesen seien, wie insbesondere der deutsche Faschismus. In der Konsequenz bedeutet dies nicht nur eine historisch falsche Gleichsetzung zwischen faschistischer Herrschaft und verschiedenen sozialistischen Herrschaftsformen, sondern eine Umkehrung der politischen Gewichtungen und damit eine Verharmlosung und Relativierung der faschistischen Vernichtungspolitik.

Das leugnen die Initiatoren des Antrags auch gar nicht. Geht es ihnen doch – so wörtlich – darum, den Schwerpunkt des Gedenkens auf die „Auswirkungen und die Bedeutung der Sowjetzeit sowie der Okkupation“ in den „postkommunistischen Ländern“ zu legen.

Perfide ist der Antrag insbesondere durch das gewählte Datum des „Gedenktages“. Was war am 23. August? Es ist das Datum der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 zwischen dem Außenminister des faschistischen Deutschlands Ribbentrop und dem Außenminister der UdSSR Molotow. Jeder historisch Bewanderte weiß, dass diesem Vertrag das Bemühen der UdSSR voran-

ging, mit den Westmächten ein Bündnis gegen die faschistische Kriegspolitik zu schmieden. Als diese Bemühungen ohne Erfolg blieben, kam es zu diesem Vertragsabschluss, der der Sowjetunion Zeit geben sollte gegen einen möglichen militärischen Angriff des deutschen Faschismus.

Antifa:

Aber war denn der Nichtangriffsvertrag so unproblematisch?

Ulrich Schneider:

Natürlich ist zu kritisieren, dass mit den Zusatzabkommen weiterreichende Vereinbarungen getroffen wurden, was bis zur Auslieferung von antifaschistischen Emigranten nach Nazi-Deutschland reichte. Auch ist aus heutiger Perspektive zu bemängeln, dass die UdSSR die gewonnene Zeit nicht wirksam genutzt hat, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Das muss aus antifaschistischer Perspektive kritisiert werden.

Aber all das kann nicht als Begründung genommen werden, um den Jahrestag der Unterzeichnung zum „Totalitarismus-Gedenktag“ zu machen. Das würde doch bedeuten, dass für den Zweiten Weltkrieg und die Opfer der faschistischen Vernichtungspolitik Deutschland und die UdSSR gleichermaßen verantwortlich seien.

Eine solche Position versucht eine zentrale Grundlagen der europäischen Nachkriegsentwicklung, das gemeinsame Handeln der Völker und Staaten in der Anti-Hitler-Koalition für die Befreiung ihrer Ländern von der faschistischen Bedrohung, zu verdrängen.

Neben der Verstärkung der antikommunistischen Attitüden scheint mir dies das zentrale Anliegen dieser Provokation – denn anders kann man einen solchen Antrag nicht bezeichnen – zu sein.

Antifa:

Warum geschieht dieser Vorstoß gerade im Europäischen Parlament?

Ulrich Schneider:

Das Europäische Parlament hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder bewusst antifaschistisch positioniert:

Ich erinnere an den Beschluss des Europaparlaments, den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die sowjetische Armee, zu einem europäischen Gedenktag für alle Opfer faschistischer Verfolgung zu machen.

Ich erinnere an den Beschluss des Parlaments von 1993 über die Bewahrung der historischen Orte der faschistischen Verfolgung und Vernichtungspolitik. Ausdrücklich wurde in diesem Beschluss eine Verbindung dieses Gedenkens mit der Erinnerung an andere Formen politischen Unrechts abgelehnt.

Und ich will auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Fall des litauischen Partisans Wassili Kononow verweisen, mit dem sein Kampf für die Befreiung seines Landes vom Faschismus ausdrücklich anerkannt wurde.

Daher ist es schon von zentraler politischer Bedeutung, wenn es gelänge, diesen antifaschistischen Konsens im europäischen Parlament zu zerstören.

Antifa:

Was können antifaschistische Verbände tun?

Ulrich Schneider

Als Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten bin ich sehr froh, dass verschiedene Mitgliedsverbände, u.a. aus Griechenland, bereits deutliche Erklärungen gegen diese Provokation abgegeben haben. Ich hoffe und erwarte, dass weitere Mitgliedsverbände in Noten und Erklärungen ihre jeweiligen Europaabgeordneten dazu auffordern von der genannten Resolution Abstand zu nehmen. Die Totalitarismusthese ist ein Produkt des „Kalten Krieges“ und kann keine Grundlage für ein zukünftiges Europa sein.

Antifa:

Wir danken für dieses Gespräch.

(aus Antifa, Zeitung der VVN-BdA, November/ Dezember 2008)

„Wir brauchen eine schlagkräftige Organisationsstruktur!“

Sitzung des Exekutivausschusses der FIR in Berlin

Mitte Oktober 2008 tagte der Exekutivausschuss der FIR in Berlin. Es war ein regulärer Termin, der im Zusammenhang mit der geplanten Jahreskonferenz stattfinden sollte.

Bekanntlich musste die Konferenz aus organisatorischen Gründen abgesagt werden und die anwesenden Mitglieder des EA wurden über die Details informiert. Das inhaltliche Programm und die räumlichen Voraussetzungen waren sehr gut, jedoch überstieg die Zahl der Entschuldigungen bei weitem die Zahl der Anmeldungen. Die Begründungen für diese Absagen waren überwiegend finanzieller Natur. Es zeigt sich insbesondere für unsere Mitgliedsverbände in Mittel- und Osteuropa, dass ihre finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt sind. Daher müssen wir auch über effektive Formen der Kontaktpflege und Begegnungen nachdenken, die diesen Bedingungen stärker gerecht werden.

Ein zweites Thema war die Arbeit und interne Struktur des Exekutivausschusses selber. Einerseits ist es wichtig, ein kleines und effektives Arbeitsgremium für die Leitung der FIR zu haben. Andererseits besteht das Problem, dass bei Krankheit oder anderen Formen der Verhinderung keine Vertretung geregelt ist. Damit ist nicht nur die Arbeitsebene, sondern auch der direkte Informationsweg in die Mitgliedsverbände betroffen. Dies betrifft insbesondere die Einbeziehung der gewählten russischen Vertreter in die Arbeit des Exekutivausschusses. Hier wurden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Einbindung des russischen Kriegsveteranenverbandes zukünftig gewährleistet werden kann. Ausgehend von dieser Situation und Debatte kam der Exekutivausschuss auf Vorschlag der ungarischen Kameraden zu dem Ergebnis, dass im Sommer 2009 ein neuer Kongress der FIR nötig

ist, auf dem dieser Fragen besprochen und entsprechende Beschlüsse gefasst werden können. Sobald Details feststehen, werden die Mitgliedsverbände informiert.

Diese organisatorischen Fragen wurden diskutiert vor dem Hintergrund einer erfolgreichen politischen Arbeit und großer Akzeptanz in den vergangenen Monaten. Präsident Michel Vanderborght hob insbesondere das Grußschreiben der UNO an die Mitglieder der FIR (siehe Abdruck in diesem Bulletin) aus Anlass des 60. Jahrestages der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ hervor. Die sichtbare Beteiligung der FIR bei der internationalen Großdemonstration in Köln (wir berichteten) und die Beteiligung an der geschichtspolitischen Konferenz der URAP in Portugal sind weitere Beispiele. Zum ersten Mal wurde Michel Vanderborght offiziell als Präsident der FIR von der belgischen Regierung zu den Gedenkfeiern in Breendonk eingeladen. Für die kommenden Wochen stehen bereits weitere Einladungen zu Konferenzen und Tagungen an. Wir sto-

ßen damit an die Grenzen unserer personellen und organisatorischen Möglichkeiten.

Am Sonntag nahmen die Mitglieder des Exekutivausschusses an zwei Gedenkveranstaltungen in Berlin teil. Am Vormittag lud die Organisation „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik“ zu einer Gedenkveranstaltung am Denkmal für die Spanienkämpfer ein. In einer würdigen und inhaltlich ansprechenden Feierstunde wurde des letzten Appells der internationalen Brigaden in Spanien vor 70 Jahren gedacht. Dabei sprach auch Michel Vanderborght als ehemaliger Partisan und Präsident der FIR. Anschließend nahmen die Mitglieder des EA auf dem Friedhof der Sozialisten in Friedrichshain an einer Gedenkveranstaltung für Georg Spielmann teil, der im Jahr 2008 seinen 100. Geburtstag begangen hätte. Georg Spielmann arbeitete viele Jahre als Vertreter des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR als Sekretär der FIR in Wien.

U. Schneider

Antifaschisten benötigen Verbündete im Europäischen Parlament Grußwort an die Delegierten des Kongresses der Europäischen Linken (EL)

Am 29./30. November 2008 tagte der Kongress der Europäischen Linken in Berlin. Die FIR war als Nichtregierungsorganisation als Gast eingeladen. Bei dieser Gelegenheit übermittelte der Generalsekretär der FIR den Delegierten und Gästen nachfolgendes Grußwort. Am Sonntag führte der Kongress in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen eine Gedenkveranstaltung durch. Auf der nächsten Seite dokumentieren wir die Ansprache von Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA.

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten ist die größte Dachorganisation von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Deportierten und Opfer der faschistischen Verfolgung sowie Antifaschisten heutiger Generationen Sie hat Mitgliedsverbände in nahezu allen europäischen Staaten und Israel.

Seit vielen Jahren haben wir gute politische Arbeitskontakte zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments und zur Fraktion der GUE/NGL. Ich spreche von Arbeitskontakten, weil es uns dabei immer darum geht, konkrete politische Handlungsschritte umzusetzen.

Ich möchte dafür nur zwei Beispiele anführen: Im Frühjahr 2006 konnten wir gemeinsam mit der Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament eine beeindruckende internationale

Konferenz „Antifaschismus in Europa“ mit Teilnehmenden aus zahlreichen europäischen Ländern, aus Israel und den USA durchführen.

Abgeordnete der Fraktion der GUE/NGL unterstützten durch finanzielle Mittel im April 2008 das Internationale Treffen von über 1000 Jugendlichen aus ganz Europa in der KZ Gedenkstätte Buchenwald. Dafür sind wir den Abgeordneten der Europäischen Linken zu Dank verpflichtet.

Ähnliche Kontakte suchen wir als FIR auch zu anderen Fraktionen im Europäischen Parlament, beispielsweise zur Fraktion der PSE, denn Europa und das Europäische Parlament ist für uns von großer politischer Bedeutung.

Wir sind der Meinung und haben das auch in verschiedenen Erklärungen deutlich gemacht:

Europa mit seinen politischen Gremien kann einen wichtigen Beitrag leisten im Kampf gegen Neofaschismus, Xenophobie, Rassismus und Antisemitismus, extreme Rechte und Rechtspopulismus. Wir wissen, dass wir uns in diesem Kampf auf Abgeordnete verschiedener Parteien und Fraktionen stützen können.

Leider erleben wir gleichzeitig, dass das Europäische Parlament von Kräften der politischen Rechten missbraucht wird, um Geschichtsrevisonismus und Totalitarismus-Doktrin als ideologische Leitlinie zu etablieren. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur den skandalösen Antrag, den 23. August zum „Gedenktag für die Opfer stalinistischer und faschistischer Diktatur“ zu deklarieren. Ich muss euch sicherlich nicht erklären, dass eine solche Gleichsetzung einerseits die historische Realität verfälscht und andererseits eine Relativierung der faschistischen Menschheitsverbrechen bedeutet.

Ansprache Hans Coppi anlässlich der Gedenkveranstaltung des EL-Kongresses in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen

Bereits in den Jahren 1933/34 gab es im Stadtzentrum von Oranienburg ein erstes Konzentrationslager. Hunderte Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Antifaschisten waren in der alten Brauerei interniert. Einige Wochen war dort auch mein Vater eingesperrt. Dann wurde er zu einem Jahr Jugendhaft verurteilt. Der 17 jährige Jungkommunist hatte sich mit Flugblättern und anderen Aktionen gegen das Nazi-Regime gewendet. Nach seiner Entlassung nahm er wieder Kontakt zu seinen Freunden und Genossen auf und beteiligte sich seit 1940 an Widerstandsaktionen der „Roten Kapelle“. Meine Eltern wurden 1942 vom obersten deutschen Militärgericht mit vielen ihrer Freunde zum Tode verurteilt.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland heißt es in Paul Celans bewegendem Gedicht. Vor zehn Jahren habe ich in der Gedenkstätte Sachsenhausen begonnen, aus vorhandenen Überlieferungen eine personenbezogene Datenbank über die Häftlinge des Konzentrationslagers aufzubauen. Daraus ist jetzt ein Totenbuch mit den Namen von über 20.000 in Sachsenhausen verstorbenen und ermordeten Gefangenen entstanden. Tausende von Namen konnten wir nicht dokumentieren. Die SS hatte im April 1944 begonnen, die Dokumente ihrer Verbrechen zu vernichten. Nur von wenigen der über 10.000 im Herbst 1941 erschossenen sowjetischen Kriegsgefangenen wissen wir die Na-

Gegen solche Versuche der Umorientierung Europas benötigen wir als überparteiliche Organisation im Parlament selber Verbündete, mit denen wir antifaschistische Inhalte umsetzen können. Wir benötigen Verbündete, um das historische Gedenken und die antifaschistischen Gedenkorte in Europa zu erhalten und

um die sozialen und politischen Rechte der Veteranen des antifaschistischen Kampfes zu sichern.

Dabei rechnen wir auch auf Euch, die Mitglieder und Vertreter der Europäischen Linken.

Treten wir gemeinsam ein - in der Tradition des europäischen Befreiungskampfes der Völker gegen den Faschismus gemeinsam mit den antifaschistischen Kräften von heute – für ein demokratisches, soziales, friedliches und damit antifaschistisches Europa.

men. Sie wurden wenige Schritte von hier ermordet. Wochenlang loderten hier die Flammen aus vier transportablen Krematoriumsöfen. Der Geruch verbrannten Fleisches lag oft über dem Lager und über der Stadt Oranienburg. Zur Einmaligkeit nationalsozialistischer Verbrechen gehören auch diese Massenmorde in Sachsenhausen.

Die staatliche Gedenkpoltik in der Bundesrepublik Deutschland wird von der Totalitarismusdoktrin bestimmt. Die Internationalen Komitees der Überlebenden aus den Konzentrationslagern in Buchenwald und Sachsenhausen, der Zentralrat der Juden und der Roma und Sinti, die Linke und auch die VVN haben sich gegen eine erinnerungspolitischen Gleichbehandlung der Zeit vor und nach 1945 gewendet. Unsere Proteste führten dazu, dass in dem neuen Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung die Einmaligkeit faschistischer Verbrechen von den Verhältnissen in der SBZ und der DDR klarer getrennt wird. Wir erwarten, dass in der Bundesrepublik und in Europa dem Gedenken und Erinnern an die einmaligen faschistischen Menschheitsverbrechen und die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ursachen weiterhin eine klare Priorität eingeräumt wird.

Die Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern dürfen keine Orte einer nationalen deutschen Identitätsfindung werden. Seit 1939

und verstärkt seit 1942/43 kam der größte Teil der Häftlinge aus den überfallenen und besetzten Ländern. Sie bleiben europäische Orte der Erinnerung und des Gedenkens an die Verbrechen des Nazi-Regimes. Darüber sollte auch in Straßburg und Brüssel gesprochen werden, wenn über die europäische Identität nachgedacht wird. Dazu gehören die Erfahrungen des europaweiten Widerstandes gegen die Nazibarbarei wie der Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen durch den deutschen Faschismus.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und der Aufbau einer neuen Welt der Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“, heißt es in dem Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald aus 16 Ländern am 19. April 1945. Dieses Vermächtnis der überlebenden Häftlinge sollte uns Verpflichtung sein, im 21. Jahrhundert für ein Europa zu streiten, das Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus und Nazismus für immer überwindet.

Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma an Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski

Am 18. Dezember fand im Auswärtigen Amt in Berlin der Festakt zur Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma an Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski statt. Die FIR war durch das Mitglied des Ehrenpräsidiums Lore Krüger, den Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider und den Kassierer Heinz Siefritz vertreten. Im Namen der Organisation gratulierte Dr. Schneider dem Preisträger. Die Veranstaltung ist vollständig im Internet dokumentiert (www.sintiundroma.de). An dieser Stelle können nur Auszüge aus einzelnen Beiträgen wiedergegeben werden.

Prof. Bartoszewski äußerte in seiner Dankesrede die Hoffnung: „Vieles deutet darauf hin, dass Europa reif genug ist, um sich verantwortungsvoll mit der eigenen früheren Vernachlässigung gegenüber den Roma auseinanderzusetzen. Ich wünsche mir und ich wünsche Ihnen, dass die Zeit, in der die Roma und Sinti als Bürger zweiter Kategorie, als soziales oder gesellschaftliches Problem betrachtet wurden, unwiederholbar vergangen ist. Es liegt nicht nur im Interesse der Roma. Es liegt im Interesse aller Menschen.“

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma hatte zuvor auf gegenwärtige Diskriminierung der Roma - Minderheit hingewiesen:

„Die Europäische Grundrechte – Agentur – als die wichtigste Institution zur Kontrolle der Menschenrechtssituation in Europa – stellte im Jahr 2008 unmissverständlich fest, dass Sinti und Roma wie keine andere Gruppe in Europa zu Opfern von massiver Diskriminierung in allen Lebensbereichen werden. Dies gilt für die Roma - Minderheiten in Osteuropa, aber auch für die westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU. ... Mit Erschrecken sehen wir die Ereignisse der jüngsten Zeit in vielen Staaten der Europäischen Union, wo Rechtsextremisten mit brutaler Gewalt Angriffe auf die Wohnungen von Sinti und Roma verübten und Frauen und Kinder bedrohten und ermordeten. Die Lebensqualität von Sinti und Roma ist vielfach von Diskriminierung und einer massiven Ausgrenzung im Bildungswesen

gekennzeichnet. Damit werden sie langfristig aller Chancen im beruflichen Leben beraubt. Sie sind oftmals gezwungen, unter katastrophalen Wohnbedingungen ohne menschenwürdige Versorgung mit Wasser, Strom und anderen Grundbedürfnissen zu leben. Vor allem in den neuen Beitrittsstaaten haben Kindersterblichkeit und Arbeitslosigkeit innerhalb der Roma - Minderheit ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Diese Situation ist beschämend und widerspricht unserem Anspruch an die Menschenwürde und die Menschenrechte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. ...

Sinti und Roma teilen mit den Juden die furchtbare Geschichte des Holocaust im nationalsozialistisch besetzten Europa. Die europäische Staatengemeinschaft reagiert zu Recht sehr sensibel auf alle Formen des Antisemitismus und schreitet frühzeitig dagegen ein. Wir haben die Hoffnung, dass die europäische Gesellschaft nun endlich auch mit derselben Entschlossenheit gegen den Rassismus gegenüber Sinti und Roma einschreitet.“

László Kovács antwortet als Mitglied der Europäischen Kommission und sprach über die Möglichkeiten von Politik und Zivilgesellschaft:

„Am 16. September 2008 fand in Brüssel das erste Roma- Gipfeltreffen statt. Diese Gipfeltreffen bot die unschätzbare Gelegenheit, den Problemen der Roma zu höherer Priorität auf der politischen Agenda zu verhelfen. Der Erfolg dieses Gipfeltreffens lässt sich an der Anzahl der Teilnehmer ablesen: aus den Europäischen Institu-

tionen, den Mitgliedsstaaten und der Zivilgesellschaft kamen über fünfhundert Vertreter. Im Anschluss an das Gipfeltreffen schlug der Präsident der Europäischen Kommission vor, eine europäische Plattform für die Einbeziehung

der Roma zu bilden. Dieses Forum könnte als Grundlage dienen, wenn es darum geht, den Ergebnissen unserer Analyse der Instrumente und politischen Maßnahmen Taten folgen zu lassen.“

Gedenkveranstaltungen zur „Kristallnacht“ in 41 Ländern Europas 9. November 2008 – 70 Jahre nach der Reichspogromnacht

Antisemitismus versucht die Straßen Europas zurückzuerobern

Die Zahl der Opfer faschistischer Attacken ist in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen und Nichtregierungsorganisationen in Europa zeigten ihre Besorgnis über diese Entwicklung auf dem ganzen Kontinent.

Zerstörte Scheiben, antisemitische Schmierereien, rassistische Angriffe auf Synagogen und Volksverhetzung bei Aufmärschen sind die häufigsten Gesichter des Faschismus und Antisemitismus auf unseren Straßen. Auch die Schändung jüdischer Friedhöfe und Holocaust-Gedenkstätten sind alltägliche Indikatoren für den heutigen Antisemitismus. Ein entsprechendes Beispiel für antisemitischen Vandalismus zeigte sich während des Wahlkampfes in Österreich vor einem Monat, als 90 Grabsteine eines jüdischen Friedhofes zerstört wurden – die Täter sind bis heute unbekannt.

Nicht nur in Österreich, auch in vielen anderen europäischen Staaten gibt es enorme Defizite im Wissen und Erziehung bezogen auf dieses sensible Thema. Die lokalen Institutionen verdrängen zumeist solche antisemitisch oder faschistisch motivierten Delikte. Solche Ignoranz zwingt tausende potenzielle Opfer zu einem Leben in Angst – ein Leben lang!

Gemeinsam sind wir stark

Die europaweite Kampagne am 9. November, dem *Internationalen Tag gegen Faschismus und Antisemitismus*, zielt darauf, dieser verhängnisvollen Entwicklung bezogen auf Antisemitismus, Faschismus und Rassismus auf dem gesamten Kontinent entgegenzutreten.

In diesem Sinne führten Nichtregierungsorganisationen in 41 Ländern Europas Veranstaltungen um den 9. November 2008 zum Gedenken an die Pogromnacht von 1938 durch. Diese „Kristallnacht“ - Pogrome werden oftmals als der symbolische Beginn des Holocaust angesehen.

Hunderte von Aktivitäten, koordiniert durch das Sekretariat von UNITED, fanden in ganz Europa während dieser alljährlichen Aktionswoche statt. In diesem Zusammenhang richteten die NGOs ihre Aufmerksamkeit auf die heutigen Formen von Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung. Es fanden Fackelzüge, Vorträge, Ausstellungen, Demonstrationen, Plakat-Aktionen und Aktionen zur politischen Aufklärungsarbeit statt.

Pressemitteilung von UNITED, Amsterdam.

Albanien

Es bleibt beim Gedenken am 28. und 29. November

Auch in diesem Jahr unterstützte der Verband der "Antifaschistischen Nationalen Befreiungskämpfer" (LANC) die Gedenkveranstaltungen anlässlich des 28. und 29. Novembers. Nachdem in den vergangenen Jahren die konservative albanische Regierung das Gedenken allein auf den Staatsgründungstag am 28. November reduzieren wollte, hat LANC gemeinsam mit der „Sozialistischen Partei“ und der Bewegung für soziale Integration die Gedenkveranstaltungen zum 29. November, dem Jahrestag der Befreiung Albaniens von der faschistischen Okkupation, eigenständig organisiert.

Die Zeitung des Verbandes „Kushtrim Brezash“ unterstreicht noch einmal die Bedeutung beider Gedenktage für eine antifaschistische Erinnerungsarbeit in Albanien.

Schon vor einiger Zeit erklärte der politische Sekretär der LANC Adnan Qatipi: "Niemand kann die Erinnerung an den heroischen Kampf unseres Volkes gegen den Faschismus aus den Geschichtsbüchern und unserem Gedächtnis streichen. Dazu hat keiner das Recht.“

Spanien im Herzen Barcelona gedachte der internationalen Brigaden

Wie könnten wir je vergessen das Land? Eines der letzten Lieder, das sie auf spanischem Boden gesungen haben. Das Lied des Abschiedes im Oktober 1938. Auf der Gran Via in Barcelona marschierten die internationalen Kämpfer zu ihrer letzten Parade. Die große Straße der Hauptstadt Kataloniens, die schräg die kubischen Wohnblöcke schneidet, sah noch ein letztes Mal die Freiwilligen der Internationalen Brigaden, in Zwölferreihen angetreten, geordnet nach Brigaden und Bataillonen, mit ihren Fahnen, Kommandeuren und Kommissaren an der Spitze. Umjubelt von tausenden Spaniern zogen die Kolonnen im Gleichschritt vorüber, viele Soldaten erhoben ihre Fäuste zum letzten Gruß; »Por vuestra y nuestra libertad!«- »Für eure und unsere Freiheit!«, stand in goldener Schrift auf ihren Fahnen. Der 28. Oktober 1938 war für viele Interbrigadisten ein Tag wie keiner zuvor, nie lagen Freude und Trauer so dicht bei einander, viele von ihnen blickten einer ungewissen Zukunft entgegen.

Im Oktober 2008, 70 Jahre nach dem geschichtsträchtigen Ereignis, ist es wieder die katalanische Metropole, die die letzten Spanienkämpfer empfängt. Es ist besonders warm in diesen Oktobertagen. Und nicht nur die Sonne meint es gut mit den hoch betagten Reisenden, die durch große Delegationen von Familien und Freunden aus ihren Ländern begleitet werden, sondern wieder ist es die Dankbarkeit, die Güte, das Temperament und die überschwängliche Freude der Spanierinnen und Spanier beim Wiedersehen, die für ein Gefühl der Wärme und des Willkommens sorgen. Und unübersehbar ist die Freude auch bei denen, die sich ebenso lange nicht gesehen haben, die Freunde der Inter-

nationalen Brigaden aus aller Herren Länder, die spätestens seit den letzten Treffen im Jahr 2006 ein unsichtbares Band der Brüderlichkeit über die Grenzen der Länder und Ozeane verbindet. Nur wenige Tage bleiben zum Beisammensein, zum Austausch von Erinnerungen und zum Schließen neuer Bekanntschaften, um den Kreis der Aktiven zu erweitern und den Zusammenhalt zu stärken. Geplant sind gemeinsame Festessen, wie in Sitges, einem traumhaften Städtchen am Mittelmeer, dessen Altstadt aus der See die Berge hinauf gewachsen scheint und dessen Häuser mit Fenstern im maurischen Stil von einer langen Geschichte zeugen. General Viktor Lavski, einst Flieger der Roten Armee, im Dienst des republikanischen Heeres mehrfach abgeschossen, nutzt die kurze freie Zeit des Programms, um im Meer zu schwimmen.

Bei der Eröffnung einer Ausstellung über die Lincoln-Brigade im Rathaus des Ortes, verfolgen Journalisten und Filmteams die seltenen Gäste und kommen mit ihnen ins Gespräch. Geduldig stellen sie sich den Fragen, ist es doch vielleicht die letzte Möglichkeit, nochmals Zeugnis abzulegen von ihrem Kampf für eine bessere Welt, der für viele nicht erst in Spanien begann, dort aber seinen Höhepunkt fand und bis heute nicht endet. Doch die Tage im Oktober werden für manchen der Voluntarios de la libertad, die letzte Möglichkeit gewesen sein, noch einmal das geliebte Land, seine Menschen und die Freunde aus der ganzen Welt zu erleben. Ein Abschied nach 70 Jahren. Doch ihr Kampf wird niemals vergessen werden und auch wir, die Nachgeborenen, werden ihn nicht aufgeben. Salud!

Enrico Hilbert (aus: Antifa, Zeitschrift der VVN-BdA, November/ Dezember 2008)

Spanien: Erinnerung an die Verfolgten des Franco-Ära bewahren

Wir haben die Nachricht über die 114.266 illegalen Verhaftungen und Verschleppungen während der Franco-Ära zur Kenntnis genommen, Männer und Frauen, die über viele Jahre an den Rand des offiziellen Diskurses unserer Demokratie gedrängt wurden und die nun Dank der *Verbände zur Rettung der historischen Erinnerung* (Asociaciones para la Recuperación de la Memoria Histórica), der Forscher und der Familienangehörigen rehabilitiert werden.

Ihre erschütternden Lebenswege und ihre Opfer für die Freiheit und die Demokratie müssen, so wie die der vielen Mitstreiter, die ebenfalls Repressalien während dieser Zeit erfahren haben, von all jenen anerkannt werden, die sich als Demokraten und Teil des unvergesslichen spanischen Opfers im 20. Jahrhundert betrachten. Wir schulden ihnen Anerkennung für ihre Anstrengung und ihre Hoffnung auf eine bessere Welt in den schrecklichsten Jahren der europäischen Geschichte.

Darum, und nicht in der Absicht, in ein laufendes Verfahren, dem unser Respekt gebührt, eingreifen zu wollen, sehen wir in der lobenswerten Arbeit des Vorsitzenden Richters des Untersuchungsgerichts Nummer 5 der „Audiencia Nacional“ Baltasar Garzón, dieses summarische Verfahren über die Franco-Epoche anzustrengen, nachdem das Gesetz zur historischen Erinnerung (Ley de Memoria histórica) verabschiedet wurde, einen Grund zum feiern, da es eine Voraussetzung für die anstehende Wiederherstellung unserer Demokratie darstellt. Darum bedauern wir die unverhältnismäßigen Attacken auf seine Arbeit von Seiten bestimmter Kreise,

die für Alarm in unserer Gesellschaft und Wehrlosigkeit unter den Klägern gesorgt haben.

Diejenigen, die durch die Selbstverbrennung ihres Lebens die Demokratie mit Würde ausgestattet haben gehören zu einem der edelsten Kapitel im spanischen Gedächtnis des 20. Jahrhunderts. Aus diesem Grund möchten wir nicht untätig bleiben, weder vor der Offensichtlichkeit dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit, das gegen sie durch einen Putsch-Staat begangen wurde, noch vor den Machenschaften, das für diesen Fall zuständige Gericht abzusetzen.

Ungarn: Aktiv gegen extreme Rechte und rechte Gewalt

Der auf dem Welttag für Gewaltlosigkeit Anfang Oktober 2008 veranstaltete Umzug „Buntes Ungarn“ (Tarka Magyar) in Budapest wurde auf Initiative von zahlreichen Zivilorganisationen ausdrücklich jenseits jeglicher Parteipolitik organisiert. An der Demonstration nahmen mehrere tausend Menschen teil.

Die alljährlich gegen Gewalt und Krieg organisierte Demonstration ohne politische Parteien wurde dieses Jahr – wegen der Ereignisse der vergangenen Monate – von einem weit größeren

Medienecho begleitet als gewohnt. Auf die gewalttätigen Ausschreitungen extrem rechter Gruppen während der Gay Pride Parade im vergangenen Juli gab es sowohl von Seiten der Politik als auch der Zivilgesellschaft Reaktionen.

Die Demonstration „Buntes Ungarn“ ist der Beweis dafür, dass die Zivilsphäre drauf und dran ist, ihren Bewegungsspielraum sowie Regeln für den Protest auf der Straße abzustecken. Dadurch trägt sie zur Ausdehnung der Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft bei.



MEASZ und der Vizepräsident der FIR Vilmos Hanti in erster Reihe von „Buntes Ungarn“ (Tarka Magyar)

Zypern: Remembrance Day Ceremony 2008

Zum zehnten Mal übernahm die Cyprus Veterans Association World War II, Mitgliedsorganisation der FIR, die Initiative zur Ausrichtung des Gedenktages am 11. November 2008, um diejenigen zu ehren, die während der zwei Weltkriege getötet wurden. Die Veranstaltung fand am Kriegsdenkmal in Nicosia, das zu Ehren der zypriotischen Freiwilligen, die im Zweiten Weltkrieg getötet wurden, errichtet wurde, statt.

Nach einer Schweigeminute und einer Rezitation sprachen der zypriotischen Kirche, der Präsident des Veteranenverbands und der

Regierungssprecher, der den Präsidenten der Republik Zypern vertrat.

Es folgte eine eindrucksvolle Kranzniederlegung durch Repräsentanten des Staates, der Parteien und Gewerkschaften, der Botschafter aller alliierten Staaten, der Universität und der türkisch-zypriotischen Veteranen.

Neben dieser Zeremonie wurde an diesem Tag in allen Schulen der Sinn dieses nationalen Gedenktages erläutert.

Frankreich Concours national de la Résistance et de la Déportation 2009

Die FNDIRP (Fédération Nationale des Déportés et Internés Résistants et Patriotes) hat ihren diesjährigen Wettbewerb zur Erinnerung an den Widerstand und die Deportation unter den inhaltlichen Schwerpunkt „Kinder und Jugendliche im System der Konzentrationslager“ gestellt.

Insbesondere durch die Befragung von Zeitzeugen und die Auswertung von Dokumenten und Berichten aus der Deportation sollen

sich Schülerinnen und Schüler mit der Thematik der faschistischen Verfolgung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern beschäftigen. Sie sollen auch erkennen, wie die Solidarität mit den schwächsten Opfern der faschistischen Barbarei und ihrer Rettung durch den organisierten Widerstand möglich wurde. Bis Ende März müssen die Wettbewerbsbeiträge eingereicht werden.

Griechenland/ Italien: Entschädigung für die Opfer von Distomo Erneut Urteil gegen die Bundesrepublik Deutschland

Im Streit um die Entschädigung von Nazi-Opfern ist in Italien erneut ein Urteil gegen die Bundesrepublik ergangen. Das Oberlandesgericht Florenz bestätigte, dass Opfer eines SS-Massakers aus dem griechischen Dorf Distomo Ansprüche gegen die Bundesrepublik in deutsches Vermögen in Italien vollstrecken können.

SS-Soldaten hatten 1944 mehr als 200 Menschen in Distomo niedergemetzelt. Die Angehörigen erwirkten in Griechenland ein Urteil gegen Deutschland, das ihnen Schadensersatz zuspricht. Die griechische Regierung verhinderte jedoch die Vollstreckung. Seitdem versuchen die

Familien, das Urteil in Italien durchzusetzen, wo die Rechtssprechung in Nazi-Fällen opferfreundlich ist.

Der oberste Gerichtshof in Rom hat entschieden, Deutschland könne sich bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht auf Staatenimmunität berufen. Deutschland will dagegen vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ziehen.

(Süddeutsche Zeitung, 27. 11. 08)

Deutschland: Jugendliche besuchen die KZ-Gedenkstätte Bergen – Belsen

Die Jugendgruppe der VVN-BdA Freiberg (Sachsen), die auch mit einer großen Delegation am Jugendtreffen in Buchenwald teilgenommen hatte, besuchte im Herbst die KZ Gedenkstätte Bergen-Belsen und legte dort einen Kranz nieder. Es war den Jugendlichen wichtig, dabei auch die Fahne der FIR mitführen zu können.



Finanzen Letzter Termin für Beitragszahlungen 2008

Der Kassierer Heinz Siefritz möchte auf diesem Wege alle Mitgliedsverbände daran erinnern, dass ausstehende Beitragszahlungen für 2008 unverzüglich abgerechnet werden.

Da er die Abrechnung gegenüber dem Finanzamt und den Aufsichtsbehörden An-

fang 2009 vorlegen muss, bittet er um zeitnahe Überweisung der Gelder auf das unten genannte Konto. Zugleich erinnert er an die Satzung, dass nur derjenige Verband Delegierten für den Kongress benennen kann, der in den letzten beiden Jahren seinen Mitgliedsbeitrag ordnungsgemäß bezahlt hat.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),
Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Franz – Mehring - Platz 1, D- 10243 Berlin, Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung: Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107**, Kontoinhaber FIR ,
IBAN **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-BIC: **PBNKDEFF**

Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben. Spenden erbeten.